Mecklenburg-Vorpommern

Grundstein für Klimaschutzgesetz gelegt

[10.03.2022] In Mecklenburg-Vorpommern hat die Landesregierung der Gründung einer interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) Klimaschutz zugestimmt. Deren Aufgabe ist es nun, ein Klimaschutzgesetz zu erarbeiten.

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hat jetzt in einer Kabinettssitzung der Errichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) Klimaschutz zur Erarbeitung eines Klimaschutzgesetzes zugestimmt. Wie das Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern mitteilt, kam die Initiative hierfür von Minister Till Backhaus (SPD), der seit November 2021 für den Klimaschutz im Land zuständig ist.

Dieser erläutert: „Der Beschluss ist für mich der Startschuss in einen öffentlichen Beteiligungsprozess, den es in Mecklenburg-Vorpommern so noch nicht gegeben hat. Auch wenn uns die weltpolitische Lage derzeit vor andere große Herausforderungen stellt, bleibt der Klimaschutz eine der drängendsten Aufgaben weltweit. Mecklenburg-Vorpommern will seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten und für die Verbindlichkeit ein Klimaschutzgesetz verabschieden, das sowohl konkrete Ziele unter anderem für die Sektoren Energie, Verkehr, Gebäude, Industrie sowie Land- und Abfallwirtschaft umfasst als auch die Vorbildwirkung der Landesregierung einschließt. Im aktuellen Koalitionsvertrag haben wir uns das Ziel gesetzt, das Land MV bis 2040 und die Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral zu machen.“

Ziel der interministeriellen Arbeitsgruppe zum Klimaschutz sei zunächst einmal, alle Ressorts an einen Tisch zu holen, um Zuständigkeiten und Kompetenzen zu bündeln und das weitere Vorgehen festzulegen, sagte er weiter.

Backhaus informierte, dass sein Ressort den Beteiligungsprozess, der dem Gesetzgebungsverfahren vorausgehen soll, derzeit mit Hochdruck vorbereite. „Bereits im Sommer werden meine Fachleute sowohl mit der Fachöffentlichkeit als auch mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern in einen intensiven Austausch treten, um belastbare und vor allem realistische Klimaschutzziele zu formulieren. Erste Ergebnisse sollen im November vorliegen und auf mehreren Regionalkonferenzen im ganzen Land diskutiert werden“, sagte er weiter. Geplant seien auch alternative Beteiligungsformate, zum Beispiel über Befragungen oder Barcamps (offene Tagungen mit offenen Workshops).

„Ich sehe es als unsere Pflicht an, möglichst viele Menschen, Interessen und Ideen in diesen Prozess einzubeziehen, um eine große Akzeptanz für das Gesetz und den Klimaschutz insgesamt zu erreichen“, betonte Backhaus.

Angaben des Ministeriums zufolge sind ständige Mitglieder der IMAG Klimaschutz der Chef der Staatskanzlei und die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der Ressorts der Landesregierung sowie der Parlamentarische Staatssekretär für Vorpommern und das östliche Mecklenburg. Die IMAG Klimaschutz werde vom Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt geleitet.

(th)

Stichwörter: Politik, IMAG Klimaschutz, Klimaschutzgesetz, Mecklenburg-Vorpommern